

ÜBERSICHT

IN EIGENER SACHE

1. 28. Brandenburgische Frauenwoche „Selber Schuld“
2. 100 Jahre Frauenwahlrecht – Wir wollen endlich Parität!
3. One Billion Rising gegen Gewalt an Mädchen und Frauen

AKTUELLES

4. Studie zur Lebenssituation queerer Menschen in Brandenburg
5. Broschüre „Sexismus ist kein Kavaliersdelikt!“
6. Endlich: Parität in die Parlamente!
7. Neuerungen im Mutterschutzgesetz
8. Streichung §219a | Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung
9. Marlies, wir würden dich gern feiern, aber...
10. Zum Koalitionsvertrag der 3. GroKo
11. Rechte Hetze im Feminismus-Kostüm: #120db

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

1. 28. Brandenburgische Frauenwoche „Selber Schuld“

„Selber Schuld“ – so lautet das provokante Motto der diesjährigen Brandenburgischen Frauenwoche, die am 1. März begonnen hat. Bis zum 14. März finden landesweit über 225 Veranstaltungen statt. Die Auftaktveranstaltung war mit über 150 Anmeldungen ausgebucht. Im Rathaus Potsdam kommen Frauen und Männer aus ganz Brandenburg zusammen um mit Vertreterinnen der Landesregierung, Frauenverbänden und Gleichstellungsbeauftragten zu diskutieren. Das Motto wird aus der Perspektive der Kirche, Aktivistinnen im Bereich der Erwerbsarbeit und Frauenverbänden ganz unterschiedlich beleuchtet:

Frauenministerin Diana Golze: Die Brandenburgische Frauenwoche ist einmalig in der Bundesrepublik und aktuell wie nie. Solange es sich die Gesellschaft einfach macht und Frauen die Schuld an ihren Benachteiligungen gibt, solange wird es eine Frauenwoche brauchen um auf strukturelle Probleme wie Lohnungleichheit und Lohnintransparenz, Gewalt gegen Frauen sowie schlechter entlohnte Sorgearbeit aufmerksam zu machen. Es ist ein langer Weg, aber es ist wichtig ihn unbeirrt weiterzugehen. Wir müssen auf die Belange von Frauen hinweisen, dafür ist die Frauenwoche der geeignete Rahmen. Helfen wir alle gemeinsam mit, unsere Gesellschaft gerechter zu machen.

Magdalena Möbius, landeskirchliche Pfarrerin und Studienleiterin für Frauenarbeit in der Evangelischen Kirche Berlin- Brandenburg schlesische Oberlausitz (EKBO): „Schuld an den Schuldzuweisungen gegenüber Frauen, die immer noch in den Köpfen stecken, ist maßgeblich die christliche Sicht der vergangenen Jahrhunderte auf die Geschlechter. Auch, dass Gott fast ausschließlich männlich gedacht wurde. Gerade wegen der Übersetzung des Gottesnamens als „der Herr“, wirkt christliche Theologie nach wie vor patriarchal. Das nenne ich heute den „zweiten Sündenfall“ der Kirchen – neben der Tatsache, dass den Frauen die Sünde angelastet wurde. Seit Jahrzehnten üben Frauen und zunehmend Männer in den Kirchen ein, Gott endlich wieder auch mit weiblichen Bildern und weiblichen Artikel und Pronomen zu beschreiben und anzureden. Mir ist wichtig, dass wir in der Vernetzung mit all den anderen emanzipativen Frauenverbänden und den staatlichen Stellen daran arbeiten, die genannten Prägungen endlich aus den Köpfen zu bekommen und dass wir ungerechte Strukturen verändern, sei es durch Gesetze, sei es durch Quoten, sei es durch Bildung, sei es durch Trainings, am besten mit allem zusammen - es wird Zeit für einen diversen Feminismus.“

Henrike von Platen, Geschäftsführerin Fair Pay Innovation Lab findet nicht, dass Frauen „Selber Schuld“ sind an ihren Benachteiligungen, besonders in der Arbeitswelt: „Fakt ist, dass sich Frauen mit Kindern, die Teilzeit arbeiten oder den „falschen“ Beruf gewählt haben – in Deutschland, im Jahre 2018 – mit Herausforderungen konfrontiert sehen, für die sie nicht die geringste Verantwortung tragen: Kinder sind ein Armutsrisiko, Familie und Arbeit in Vollzeit sind kaum oder nur sehr schwer vereinbar, typische "Frauenberufe" werden noch immer schlechter bezahlt als andere. Für all diese Probleme gibt es strukturelle Ursachen und um diese zu lösen brauchen wir keine Frauen, die es trotz allem schaffen, sondern eine bessere, verlässliche und bezahlbare Kinderbetreuung. Wir alle müssen uns überlegen, welchen Wert wir welchen Tätigkeiten beimessen – ob beim Friseur, beim Anwalt, bei der Geburtsbetreuung oder in der Autowerkstatt. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den Wert von Arbeit neu zu definieren.“

Heidrun Szczepanski, Sprecherin des Frauenpolitischen Rates ruft alle interessierten Brandenburgerinnen und Brandenburger auf, sich an der Frauenwoche aktiv zu beteiligen: „Frauen und Mädchen wird oftmals vorgeworfen, dass sie selbst schuld seien an ihren Benachteiligungen. Das Motto der Frauenwoche ruft sie auf, sich gegen individualisierte Schuldzuweisungen zu wehren. Denn es ist nicht die Schuld der Frauen, dass sie noch immer weniger verdienen als Männer, schlechtere Karrierechancen haben, häufiger von Altersarmut bedroht sind oder kaum politische Mandate erlangen. Es gibt nach wie vor strukturelle Diskriminierungen in unserer Gesellschaft, die Frauen ausbremsen und benachteiligen. Das müssen wir ändern.“

Aktuelle Infos, politische Statements der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung uvm. finden Sie auf der [Homepage des FPR](#).

Einen Veranstaltungskalender mit über 225 Veranstaltungen gibt es [hier](#).

Aktuelle Infos finden Sie seit neustem auf Twitter, folgen Sie uns unter [@FPR_Brandenburg](#)

#BFW2018

#BFW18

#SelberSchuld

Mit freundlicher Unterstützung durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, sowie Landesbeauftragte für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

2. 100 Jahre Frauenwahlrecht – Wir wollen endlich Parität!

Seit dem 12. November 1918 dürfen Frauen in Deutschland wählen – ein wichtiger und notwendiger Schritt, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gesellschaftlich umzusetzen. Im Jubiläumsjahr 2018 erscheint dazu im [Ulrike Helmer Verlag](#) das Buch „100 Jahre Frauenwahlrecht – Ziel erreicht!... Und weiter?“, in dem sich Historiker*innen, Journalist*innen, Politiker*innen und v.a. mit den politischen Realitäten auseinandersetzen: Das reformierte Wahlrecht zog leider keine gleichberechtigte politische Machtverteilung nach sich und bis heute ist die politische Teilhabe Männern vermissen weitaus größer.

Deshalb hat der **Deutsche Frauenring e.V.** eine Kampagne zur Erhöhung des Frauenanteils in den Parlamenten gestartet. Die Forderungen sind klar und einfach: 51% Frauenanteil in der Gesellschaft bedeutet auch 50/50 bei der geschlechtlichen Zusammensetzung der Parlamente. Denn noch immer sind Bedürfnisse und Interessen von Frauen nicht ausreichend parlamentarisch vertreten. Der erste Schritt dorthin soll ein Paritäts-Gesetz sein, das die kommenden Bundestagswahlen dahingehend regulieren soll. [Die Online-Petition finden Sie hier.](#)

Auch in Brandenburg wird das Thema dieses Jahr eine große Rolle spielen, dazu mehr in der nächsten Rundmail.

3. One Billion Rising gegen Gewalt an Mädchen und Frauen

Die weltweite Kampagne „One Billion Rising“ ruft dazu auf, öffentlich gegen Gewalt an Frauen und Kindern zu tanzen. Der Termin am 14. Februar ist nicht nur in der Landeshauptstadt Brandenburgs zur festen Instanz geworden. In Potsdam trafen sich dieses Jahr circa 150 Menschen am Landtagsgebäude am Alten Markt und folgten damit dem Aufruf des Autonomen Frauenzentrums.

[Unseren Blogbeitrag mit Fotos finden sie hier.](#)

Weiterhin sind auch die Vorträge der Tagung „**Gewaltschutz für Mädchen und Frauen mit Behinderungen - Perspektiven und Strategien für das Land Brandenburg**“, die am 18. November 2017 in Potsdam stattfand, online.

[Die Tagungsbeiträge finden Sie hier.](#)

AKTUELLES

4. Studie zur Lebenssituation queerer Menschen in Brandenburg

Im Rahmen des **Aktionsplans „Queeres Brandenburg“**, welcher seit dem letzten Jahr umgesetzt wird, wurden nun Umfrageergebnisse zur Lebenssituation lesbischer, schwuler, bisexueller, transidenter, intergeschlechtlicher und queerer Menschen veröffentlicht. Demnach sind besonders transidente Menschen von Diskriminierungen und Ausgrenzungen im sozialen Umfeld betroffen und 48% der 300 Umfrageteilnehmer*innen wurde in den letzten 5 Jahren Opfer von Diskriminierung.

Ministerin Diana Golze dazu: „Zum ersten Mal haben wir nun einen authentischen Einblick, wie queere Menschen in Brandenburg ihren Alltag selbst einschätzen und welche Erfahrungen sie gemacht haben. Die Resonanz war gut, ich danke allen Teilnehmenden herzlich. Bei allen erreichten Fortschritten bleibt noch viel zu tun. Es kommt nun darauf an, den „Aktionsplan Queeres Brandenburg“ mit Leben zu erfüllen und gemeinsam daran zu arbeiten, dass die Vielfalt von Lebensweisen in Brandenburg noch selbstverständlicher wird.“

Die Studie und weitere Informationen zum Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ finden Sie auf der Seite des [Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen, Gesundheit und Familie](#).

5. Broschüre „Sexismus ist kein Kavaliersdelikt!“

Das Gleichstellungsbüro der Fachhochschule Potsdam hat die Broschüre „Sexismus ist kein Kavaliersdelikt! Strategien zum Umgang mit Sexismus, sexualisierter Belästigung und Gewalt an Hochschulen“ neu aufgelegt. Denn noch immer ist es wichtig Sexismus als Strukturphänomen, welches auf verschiedene Arten auch an Hochschulen wirkt, zu benennen und Beratungsangebote für Betroffene sichtbar zu machen.

[Die Online-Version der Broschüre finden sie hier.](#)

6. Neuerungen im Mutterschutzgesetz

Erstmals beziehen Neuerungen im Mutterschutzgesetz (MuSchG) auch Schülerinnen, Praktikantinnen und Studentinnen mit ein. Außerdem gibt es Neuerungen beim Arbeitsschutz. Das **Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit** hat dazu Informationen auf der [Internetseite](#) bereitgestellt. Neben Erklärungen zu Arbeitsschutz, Gefährdungsbeurteilungen, Mitteilungspflichten, Mehrarbeit, Sonderkündigungsschutz und monetären Ersatzleistungen, sind dort übersichtliche Erklärvideos für [Arbeitgeber*innen](#) und [Arbeitnehmer*innen](#) zu finden.

7. Streichung §219a | Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung

Vor einem Jahr wäre es noch nicht denkbar gewesen, doch jetzt rückt es in greifbare Nähe: Die Abschaffung des §219a. Nachdem die [Ärztin Kristina Hänel](#) letzten November wegen „Werbens für Schwangerschaftsabbrüche“ zu 6.000€ Geldstrafe verurteilt wurde ([Rundmail 9/17](#)), solidarisierten sich viele Initiativen, Parteien und Vereine mit ihr und streben nun als **Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung** die Abschaffung des Paragraphen an. Sie haben dafür eine [Kampagne](#) gestartet. Die Argumente für die Abschaffung sind zahlreich, u.a. wird hervorgehoben, dass der Paragraph aus der Zeit des Nationalsozialismus stamme und somit in seinen Ursprüngen schon Frauenrechte einschränke. Außerdem kriminalisiere er die öffentliche und fachliche Aufklärung über medizinische Eingriffe. Die erste Bundestagsdebatte zum Thema fand am 22. Februar statt, dafür wandte sich **profamilia** mit einem [Aufruf](#) an alle Fraktionen. Auch der **Deutsche Juristinnenbund** hat eine [Pressemitteilung](#) dazu herausgegeben, in welcher auch verbesserte Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen gefordert werden.

[Hier können Sie die Reden der Bundestagsdebatte online nachschauen.](#)

8. Marlies wir würden dich gern feiern, aber...

„We <3 Marlies!“ - zu deutsch: „Wir lieben Marlies!“. Das konstatiert **pinkstinks** [auf ihrem Blog](#), denn Marlies Krämers [Klage für die geschlechtergerechte Sprache gegen die Sparkasse wird nun vor dem Bundesgerichtshof verhandelt](#). Der Grund sind die ungedenderten Ansprachen und Bezeichnungen für Kund*innen, Sparer*innen und Kontoinhaber*in. Das Amtsgericht und das Landesgericht Saarbrücken hatten die Klage bereits abgewiesen. Der Bundesgerichtshof kam am 20. Februar noch zu keinem abschließenden Urteil. An sich eine gute Sache...

Doch bevor Marlies Krämer als feministische Heldin gefeiert wird, ist es wichtig zu erwähnen, dass sie im Juli 2017 gemeinsam mit anti-islam-bewegten Freien Wählern gegen den Moscheebau in Sulzbach demonstrierte und dabei einen Redebeitrag zur Unterdrückung der Frau im Islam hielt. Darin bezeichnet sie den islamischen Glauben als „islamistische Religion“. Nach dem „bürgerlichen“ Protest der Freien Wähler, nahmen anwesende NPD-Mitglieder einen Stadtspaziergang auf, angeführt von „Merkel muss weg!“-Rufen und Deutschlandfahnen. (Quelle: [Saarnews, 23.07.2017](#))

Eine [Pressemitteilung](#) zur Relevanz gendeter Sprache, bezogen auf diesen Fall, hat der Deutsche Juristinnenbund veröffentlicht.

9. Zum Koalitionsvertrag der 3.GroKo

Den beschlossenen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD betitelt **der Verband für Familienarbeit e.V.** in seiner [Pressemitteilung](#) vom 13. Februar als „enttäuschend für Familien und Rentner“. So würde auch aktuell im umlagefinanzierten Rentensystem die elterliche Erziehungsarbeit, die neben der Lohnarbeit zu leisten ist, nicht konkret mitgedacht. Auch das Kindergeld sei seit 2002 nicht erhöht worden. Außerdem verweist sie auf Ergebnisse von Untersuchungen der Bertelsmann-Stiftung, wonach [Eltern- und Kinderarmut in Deutschland](#) ein viel größeres Problem darstellt als bisher angenommen. Auch der **Deutsche Juristinnenbund e.V.** hat in einer [Pressemitteilung](#) vom 8. Februar vor allem die Beibehaltung der Lohnsteuerklasse V, sowie mangelnde Fortschritte bezüglich Entgeltgleichheit und Gleichstellung in der Privatwirtschaft kritisiert. Positiv wird die geplante ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie mit angeschlossenem Aktionsplan hervorgehoben. Außerdem soll eine neue Bundestiftung, die sich wissenschaftlich der gerechten Partizipation von Frauen widmen soll, gegründet werden.

10. Rechte Hetze im Feminismus-Kostüm: #120db

Rechte Hetze im Namen der Frauenrechte ist nicht neu – die Initiative #120db ist es. Initiiert von der „Identitären Bewegung“ und ebenfalls genutzt von AfD-Politiker*innen, sind die Grundmotive der Initiative Rassismus und Hetze. In diesem Fall besonders gegen Geflüchtete, die als Importeure sexualisierter Gewalt dargestellt werden. Im Video zur Initiative berichten Frauen zu emotionaler Musik von europäischen Opfern und außereuropäischen Tätern und davon sich nur noch mit Taschenalarmgeräten (die 120db laut sein können) sicher zu fühlen. Dass feministische Forderungen nach Gleichberechtigung und Respekt von Nazis missbraucht werden, schmeckt vielen Feminist*innen u.a.

Rapperin Sookee so gar nicht. Deshalb ruft sie dazu auf, die [Petition zu unterschreiben](#) und sich an Gegenprotesten zu beteiligen

[Die Online-Version der Broschüre finden sie hier.](#)

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

Im Rahmen der 28. Brandenburgischen Frauenwoche finden vom 1. – 14. März 2018 über 225 Veranstaltungen zu Frauenthemen statt.

[Das gesamte Angebot finden Sie in unserem Veranstaltungskalender.](#)

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich [hier](#) neu darauf registrieren lassen will.

IMPRESSUM

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Redaktion: Verena Letsch & Laura Schleusener

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon: 0331 – 280 35 81,

Mail : kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Web : www.frauenpolitischer-rat.de

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook!](#)



Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. bedankt sich für die Förderung durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Gesundheit und Familie.